

Antikorrupionsklausel für Verträge über Lieferungen und Dienstleistungen

Antikorrupionsklausel und Wettbewerbsbeschränkungen

FhG und der Auftragnehmer erklären ihren uneingeschränkten Willen jeglicher Form von Korruption oder Wettbewerbsbeschränkungen entgegenzuwirken. Es wird daher folgendes vereinbart:

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsgründe ist FhG berechtigt, den Vertrag fristlos nach § 314 BGB zu kündigen, wenn Ausschlussgründe im Sinn von § 6 Nr. 5 c - e VOL/A vorliegen. Ausschlussgründe sind insbesondere
 - (a) die Unzuverlässigkeit von Unternehmen wegen einer nachweislichen schweren Verfehlung (z. B. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, § 299 StGB; Vorteilsgewährung, § 333 StGB; Bestechung, § 334 StGB) oder sonstigen erheblichen Rechtsverstößen, die geeignet sind die Zuverlässigkeit des Auftragnehmers grundsätzlich in Frage zu stellen;
 - (b) die nicht ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung;
 - (c) vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf Zuverlässigkeit, Fachkunde oder Leistungsfähigkeit.
- (2) Ausschlussgrund nach Abs. 1 ist auch,
 - (a) die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinn von § 298 StGB beruhen;
 - (b) die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB, insbesondere die Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) sowie über die die Festlegung von Preisempfehlungen;
 - (c) der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§ 17 UWG) oder die Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG);
 - (d) das unmittelbare oder mittelbare in Aussicht stellen, Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Geschenken, anderen Zuwendungen oder sonstigen Vorteilen an FhG

oder deren Mitarbeiter oder von dieser beauftragter Dritter, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder diesen nahestehenden Personen. Davon nicht erfaßt ist sozial adäquates Verhalten, wie die Annahme von geringfügigen Aufmerksamkeiten bis zu einem Wert von € 25,-- (z. B. Reklameartikel einfacher Art wie Kugelschreiber oder Kalender) oder die Teilnahme an Bewirtungen, die das Übliche und Angemessene nicht überschreiten oder ihren Grund in den Regeln des Verkehrs und der Höflichkeit haben und nicht abgelehnt werden können, ohne gegen gesellschaftliche Formen zu verstoßen.

- (3) Kündigt FhG nach den Bestimmungen des Abs. 1 den Vertrag aus wichtigem Grund, so hat FhG den Wert bereits erhaltener Lieferungen oder in Anspruch genommener Leistungen dem Auftragnehmer anteilig im Rahmen des Vertragspreises zu vergüten. Ein darüber hinausgehender Anspruch des Auftragnehmers auf Vergütung oder Schadensersatz ist ausgeschlossen.
- (4) Handelt der Auftragnehmer den Bestimmungen der Abs. 1 und 2 schuldhaft zuwider, hat er FhG eine Vertragsstrafe zu zahlen, gleich ob FhG von seinem Kündigungsrecht Gebrauch macht oder nicht. Die Höhe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen, versprochenen oder gewährten Vorteile in den Fällen des Abs. 1 (a) und 2 (d) bzw. das 50-fache der ersparten Aufwendungen oder des verursachten Schadens in den übrigen Fällen der Abs. 1 und 2, höchstens jedoch 5 % des gesamten Auftragsspreises ohne Umsatzsteuer. Die Geltendmachung eines Schadens nach Abs. 5 bleibt von der Vertragsstrafe unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer hat FhG alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch die Kündigung des Vertrages entstehen. Soweit der Auftragnehmer nach Abs. 4 eine Vertragsstrafe verwirkt hat, wird diese auf den Schadensersatz angerechnet.

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB) der Fraunhofer-Gesellschaft e. V.

Stand: April 2026

1. Anwendungsbereich

- 1.1 Diese Einkaufsbedingungen finden Anwendung auf zwischen der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. München, (im Folgenden »Fraunhofer«) und dem Auftragnehmer abgeschlossene Kauf-, Werkverträge und Mischformen hiervon sowie Vertragsformen eigener Art, die Kauf- oder Werkvertragsrecht unterfallen.
- 1.2 Sie gelten gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (§ 310 Abs. 1 BGB).

2. Vertragsgrundlagen

- 2.1 Der Vertrag bedarf der Textform. Dies gilt auch für Änderungen des Vertrags sowie dieser Formabrede.
- 2.2 Der Vertragsschluss erfolgt auf Grundlage der nachfolgend genannten Bestimmungen. Für die Erfüllung des durch Fraunhofer erteilten Auftrags über Lieferungen und Leistungen haben in folgender Reihenfolge Gültigkeit:
 - das Zuschlags- oder Auftragsschreiben mit den darin enthaltenen Vertragsbedingungen,
 - die Vergabeunterlagen gemäß § 29 VgV, § 21 UVgO bzw. der anzuwendenden Verfahrensordnung einschließlich Antworten auf Bewerber- und Bieterfragen,
 - diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB),
 - die Nachhaltigkeitsstandards (NHS) der Fraunhofer-Gesellschaft e. V. in der jeweils bei Auftragserteilung geltenden Fassung,
 - Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils bei Auftragserteilung geltenden Fassung,
 - das bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers
 - die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und Auflagen einschließlich Norm- und Unfallverhütungsvorschriften, z.B. CE, VDE, ElektroG usw. in der jeweils am Tage der Lieferung geltenden Fassung.
- 2.3 Abweichende Vertragsbedingungen des Auftragnehmers – insbesondere dessen Allgemeine Geschäftsbedingungen – werden nicht Bestandteil des Vertrags. Dies gilt auch dann, wenn die Vertragsbedingungen des Auftragnehmers den von Fraunhofer gestellten Vertragsbedingungen nicht widersprechen. Etwas anderes gilt nur, wenn Fraunhofer ausdrücklich in Textform zustimmt. Die stillschweigende Annahme von Leistungen des Auftragnehmers sowie Zahlungen durch Fraunhofer bedeuten kein Einverständnis mit abweichenden Bedingungen des Auftragnehmers.

- 2.4 Sofern der Vertrag eine Unterbeauftragung im Rahmen einer öffentlichen Projektförderung oder eines öffentlichen Auftrags darstellt, ist der Vertrag nur unter dem Vorbehalt gültig, dass der entsprechende Zuwendungsbescheid erlassen oder der Hauptauftrag erteilt wird und in Kraft bleibt. Die Bestimmungen des Zuwendungsbescheids bzw. des Hauptauftrags gelten ergänzend.

3. Lieferkonditionen

- 3.1 Die Lieferung erfolgt gemäß der Klausel DPU der Incoterms 2020 an den benannten Bestimmungsort oder zur benannten Stelle am Bestimmungsort inkl. Entladung, soweit nicht anders vereinbart.
- 3.2 Wenn der Lieferant seinen Sitz in Deutschland oder der EU hat, ist er verpflichtet, bereits verzollte Ware auszuliefern.
- 3.3 Wird nichts anderes vereinbart, so hat der Auftragnehmer eine Transportversicherung abzuschließen.

4. Preise und Zahlungsbedingungen

- 4.1 Die vereinbarten Preise sind Nettopreise. Die Umsatzsteuer ist, sofern sie anzuwenden ist, gesondert auszuweisen.
- 4.2 Der vereinbarte Preis umfasst alle Nebenkosten, insbesondere Transportversicherung, Verpackung, Fracht, Transport und in Fällen nach Ziffer 3.2 auch Zollkosten.
- 4.3 Zahlungsfristen beginnen frühestens mit dem Rechnungs-, jedoch nicht vor dem Wareneingang; falls eine Abnahme vorgesehen ist, mit der Abnahme der Lieferung/Leistung.
- 4.4 Fraunhofer gerät nur aufgrund einer Mahnung in Verzug, § 286 Abs. 3 BGB gilt nicht.

5. Weitergabe von Aufträgen an Dritte

Die Weitergabe von Aufträgen an Dritte und die Vergabe von Teilleistungen an Unterauftragnehmer ist ohne Zustimmung von Fraunhofer unzulässig. Für die Erteilung ist die Zustimmung in Textform ausreichend. Jede Zuwiderhandlung berechtigt Fraunhofer, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

6. Liefertermin

Die von Fraunhofer vorgegebenen Liefertermine sind verbindlich (relatives Fixgeschäft). Ist eine Überschreitung des Liefertermins zu erwarten, so hat der Auftragnehmer dies unter Angabe der Gründe und der zu erwartenden Dauer Fraunhofer unverzüglich in Textform anzuzeigen. Etwaige Verzugsfolgen werden durch diese Anzeige nicht berührt.

7. Terminsicherung

- 7.1** Im Falle des Verzugs ist Fraunhofer berechtigt, für jeden Tag des Verzugs eine Verzugsentschädigung in Höhe von 0,1 % des Wertes desjenigen Teiles der Leistung, der nicht genutzt werden kann, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Netto-rechnungswerts, zu beanspruchen.
- 7.2** Abweichend von § 341 Abs. 3 BGB kann die Vertragsstrafe jederzeit bis zur vollständigen Bezahlung der Rechnung geltend gemacht werden.
- 7.3** Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt vorbehalten. In diesem Fall werden die Ansprüche aus Ziffer 7.1 angerechnet.

8. Nachträgliche Sicherheitsleistung bei drohendem Mittelverfall

- 8.1** Sollte es bei der Durchführung des Vertrags zu Verzögerungen kommen, die sich auch auf die Rechnungsstellung und Zahlung auswirken, ist Fraunhofer berechtigt, vom Auftragnehmer nachträglich eine Bürgschaft zu fordern, wenn und soweit die konkrete Gefahr eines Verfalls der dem Auftrag zugrundeliegenden Fördermittel droht und diese Gefahr dadurch abgewendet werden kann, dass die Rechnung vor der vollständigen Leistung beglichen wird.
- 8.2** Ein Mittelverfall droht insbesondere, wenn Fraunhofer für die Finanzierung des Auftrags öffentliche Fördermittel vorgesehen hat und deren Auszahlung nach Ablauf bestimmter Fristen nicht mehr möglich ist. Fraunhofer hat dem Auftragnehmer auf Verlangen die konkrete Mittelverfallsgefahr durch Vorlage entsprechender Dokumente nachzuweisen.
- 8.3** Die Höhe der nachträglich angeforderten Bürgschaft entspricht dem Bruttobetrag, für den Fraunhofer zur Vermeidung des Mittelverfalls in Vorleistung gehen muss. Dieser Betrag entspricht der gesamten noch ausstehenden Vergütungssumme unabhängig von ihrer Fälligkeit. Die Bürgschaft muss von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer ausgestellt werden.
- 8.4** Hat der Auftragnehmer die Verzögerung zu vertreten, trägt er die Kosten der Bürgschaft. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, innerhalb einer von Fraunhofer gesetzten angemessenen Frist von mindestens 14 Tagen eine unbefristete Bürgschaft über den geforderten Betrag unter Verzicht auf die Einreden nach §§ 770, 771 BGB zu übersenden und den verbürgten Betrag in Rechnung zu stellen.
- 8.5** Hat der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten, werden Kostentragung und Bürgschaftskonditionen individuell zwischen Fraunhofer und Auftragnehmer vereinbart.
- 8.6** Die Bürgschaft ist zurückzugeben, sobald der Auftragnehmer seine Verpflichtungen vollständig und vertragsgemäß erfüllt hat oder sich der Sicherungszweck anderweitig erledigt hat.

9. Versand, Zoll und Exportkontrolle

- 9.1** Die Lieferung erfolgt gemäß den Bedingungen aus Ziffer 3, zudem ist ihr ein Lieferschein beizufügen. Bei Lieferung aus dem Zoll-Ausland hat sich der Auftragnehmer rechtzeitig mit der angegebenen Verwendungsstelle wegen der Zoll- und Einfuhrabwicklung in Verbindung zu setzen. Der Auftragnehmer hat Fraunhofer rechtzeitig schriftlich mitzuteilen: den HS-Code, das Ursprungsland und, sofern von Fraunhofer angefordert, Lieferantenerklärungen zum präferenziellen Ursprung (bei europäischen Auftragnehmern) oder Warenverkehrsbescheinigungen (bei Auftragnehmern aus nicht-europäischen Ländern).

- 9.2** Der Auftragnehmer hat Fraunhofer – sofern zutreffend – ebenfalls rechtzeitig und schriftlich mitzuteilen: die Erfassung des zu liefernden Gutes von einer Position des Anhangs I der EG-Dual-Use-Verordnung oder der deutschen Ausfuhrliste, die Erfassung in der U.S. Commerce Control List (konkrete ECCN oder als „EAR99“) oder der USML (USML Classification No.). Diese Informationen sind in sämtlichen relevanten Unterlagen (insbesondere Angebot, Lieferschein und Rechnung) anzugeben. Der Auftragnehmer trägt sämtliche Aufwendungen und Schäden, die Fraunhofer aufgrund des Fehlens oder der Fehlerhaftigkeit dieser Informationen entstehen.

10. Abnahme

Ist eine Abnahme vorgesehen, obliegt der Nachweis für die erfolgreiche Abnahme dem Auftragnehmer. Die Abnahme wird in der Regel durch ein gemeinsam zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll dokumentiert.

11. Rechnungsstellung

- 11.1** Alle Rechnungen sind unter Angabe der Fraunhofer-Auftragsnummer an die im Zuschlags- oder Auftragschreiben angegebene Rechnungsadresse zu richten. Solange die Rechnung keine Fraunhofer-Auftragsnummer ausweist, werden Zahlungsansprüche des Auftragnehmers nicht fällig.
- 11.2** Jeder Auftrag ist gesondert abzurechnen. Die Rechnungen sind dem Auftragschreiben entsprechend zu gliedern. Teil- und Schlussrechnungen sind als solche zu bezeichnen.
- 11.3** Die Umsatzsteuer-Identifikations-Nr. (UIN) von Fraunhofer lautet DE 129 515 865. Die ausgestellte Rechnung muss die UIN ausweisen.

12. Gefahrübergang

Die Gefahr geht mit dem Wareneingang oder – falls eine Abnahme vorgesehen ist – nach Abnahme der Lieferung/Leistung auf Fraunhofer über.

13. Mängelhaftung

- 13.1** Die bezuschlagten Spezifikationen und Funktionen gelten als vertraglich vereinbart. Bei Mängeln stehen Fraunhofer uneingeschränkt die gesetzlichen Ansprüche nach Maßgabe des § 14 VOL/B zu.
- 13.2** Die bei der Mängelbeseitigung vom Auftragnehmer zu tragenden Kosten umfassen in jedem Falle die Aufwendungen für die Durchführung der Mängelbeseitigung sowie für die Verpackungs-, Transport- und Versicherungskosten.
- 13.3** Die Mängelhaftung bezieht sich auch auf Ersatzlieferungen und Leistungen einschließlich Nachbesserungsarbeiten. Die Verjährungsfrist für die Mängelanzeige gehemmt, bis der Auftragnehmer den Mangel erfolgreich beseitigt oder die Ansprüche auf (weitere) Nachbesserung abgelehnt hat.
- 13.4** Bei Mängelbeseitigung durch Nachlieferung beginnt die Verjährungsfrist erneut, bei Nachbesserung nur, soweit es sich um einen gleichartigen Mangel oder um die Folgen einer mangelhaften Nachbesserung handelt.

14. Compliance

- 14.1** Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die für die betreffende Leistung insbesondere durch

Gesetz, Rechtsverordnung oder allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag verbindlich vorgegeben werden. Unter diese Verpflichtung fallen weiterhin die geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf Antikorrupcion, Geldwäsche und Kartellrecht sowie die Vorschriften zur Sanktionslisten- und Exportkontrolle.

14.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, durch sorgfältige Auswahl seiner Unterauftragnehmer und Zulieferer und deren zumutbarer Überwachung sicherzustellen, dass auch durch diese im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis mit Fraunhofer keine Rechtsverstöße begangen werden.

14.3 Die Vertragspartner leisten gegenseitige Unterstützung bezüglich der Maßnahmen zur Verhinderung von Compliance-Verstößen im Rahmen der Vertragsdurchführung. Insbesondere informieren sich die Vertragspartner unverzüglich gegenseitig, wenn diese konkrete Kenntnis eines wesentlichen Verstoßes gegen straf- und bußgeldbewehrte Vorschriften der geltenden rechtlichen Verpflichtungen aus Ziffer 14.1 und/oder einer behördlichen Ermittlung oder eines Gerichtsverfahrens durch bzw. gegen den Vertragspartner selbst, seine Mitarbeitenden, Führungskräfte oder verbundenen Unternehmen, Vertreter und sonstige im Zusammenhang mit dem Vertrag stehende Unternehmen erlangen und dies im konkreten Zusammenhang mit diesem Vertrag steht. Dies gilt nicht, wenn gesetzliche Gründe oder ein Verbot der Ermittlungsbehörden bezüglich der Informationspflicht entgegenstehen.

14.4 Die vorgenannten Verpflichtungen des Auftragnehmers gelten rückwirkend zum Zeitpunkt der ersten Kontaktaufnahme der Vertragspartner.

15. Nachhaltigkeitsstandards

15.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vertragsbestandteil gewordenen »Nachhaltigkeitsstandards für Lieferanten der Fraunhofer-Gesellschaft (NHS)«. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Fraunhofer von Ansprüchen Dritter freizustellen, die sich aus einem Verstoß gegen die Nachhaltigkeitsstandards für Lieferanten von Fraunhofer ergeben, es sei denn, er weist nach, dass er den Verstoß nicht zu vertreten hat.

15.2 Bei Verstößen des Auftragnehmers gegen die NHS ist Fraunhofer berechtigt, die Vertragserfüllung auszusetzen, wenn der Verstoß nicht nach angemessener Fristsetzung beseitigt wird. Weitergehende Rechte nach Ziffer 16 bleiben unberührt.

16. Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund

16.1 Fraunhofer kann aus wichtigem Grund vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, insbesondere wenn

- der Auftragnehmer erhebliche Verstöße gegen Ziffer 14 (Compliance), 15 (Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards für Lieferanten – NHS) oder Ziffer 21 (Geheimhaltung) begeht,
- vor vollständiger Erfüllung des Vertrags durch den Auftragnehmer ein Tatbestand nach § 123 Abs. 1–4 GWB verwirklicht wird und dem Auftragnehmer nicht unverzüglich nach Zugang der Rücktrittserklärung der Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 GWB gelingt,
- die Integrität des Auftragnehmers wegen einer nachweislichen schweren Verfehlung, z. B. Straftaten gegen den Wettbewerb (§§ 298 ff. StGB), Straftaten im Amt (§§ 331 ff. StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB) oder ähnlichen Handlungen außerhalb korrekter geschäftlicher Gepflogenheiten infrage gestellt ist,

- der Auftragnehmer im Vergabeverfahren vorsätzlich oder fahrlässig irreführende Informationen übermittelt hat, insbesondere in Bezug auf Eignungskriterien oder Ausschussgründe, die die Vergabeentscheidung erheblich beeinflusst haben,

- das Angebot des Auftragnehmers auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruht.

- der Auftragnehmer der Forderung nach einer Sicherheitsleistung gemäß Ziffer 8.1 in Verbindung mit Ziffer 8.4 nicht fristgerecht nachkommt.

Gleiches gilt, wenn über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist und dies zu einem signifikant gesteigerten Risiko für die vertragskonforme Leistungserbringung führt.

16.2 Beendet Fraunhofer den Vertrag gemäß Ziffer 16.1, so ist Fraunhofer berechtigt, die bereits empfangenen Leistungen zurückzugeben. Eine bereits erfolgte (Teil-)Abnahme steht dem nicht entgegen. Teilleistungen sind, soweit Fraunhofer hierfür Verwendung hat, zu den vertraglich vereinbarten Preisen zu vergüten. Für zurückgegebene Leistungen hat der Auftragnehmer das dafür bereits gezahlte Entgelt an Fraunhofer zurückzuerstatten.

16.3 In Fällen von Ziffer 16.1 S. 1 hat der Auftragnehmer Fraunhofer alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch die Beendigung des Vertrags entstehen. Von den gesetzlichen Regelungen bleiben lediglich §§ 347 bis 351 und 354 BGB unberührt.

16.4 Liegen wichtige Gründe nach Ziffer 16.1 S.1 vor, so hat der Auftragnehmer Fraunhofer unabhängig vom Fortbestand des Vertrags eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % des Nettorechnungswerts zu zahlen. Schadensersatzansprüche nach Ziffer 16.3 bleiben unberührt.

17. Rücknahme- und Entsorgungspflicht

Der Auftragnehmer steht für die in § 19 Abs. 1 des Elektrogesetzes und § 15 des Verpackungsgesetzes enthaltenen Rücknahme- und Entsorgungspflichten ein und trägt etwaige dadurch entstehende Kosten.

18. Ersatzteilkhaltung

Für einen Zeitraum von 5 Jahren, gerechnet ab dem Wareneingang bzw. falls eine Abnahme vorgesehen ist, vom Zeitpunkt der Abnahme des Liefergegenstandes, verpflichtet sich der Auftragnehmer, Ersatzteile vorzuhalten und im Bedarfsfall zu marktüblichen Preisen anzubieten.

19. Schutzrechte

19.1 Der Auftragnehmer sichert zu, dass ihm keine Rechte Dritter oder andere Rechtsmängel bekannt sind, die der Nutzung der geschuldeten Leistung entgegenstehen würden.

19.2 Der Auftragnehmer übernimmt die Haftung gegenüber denjenigen, die eine Verletzung von Schutzrechten gegenüber Fraunhofer geltend machen. Er wird Fraunhofer sofort von sämtlichen derartigen Ansprüchen freistellen und sämtliche damit in Zusammenhang stehende Nachteile und Schäden ersetzen. Sonstige Ansprüche von Fraunhofer z. B. auf Rücktritt, Minderung oder Schadensersatz bleiben unberührt.

19.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Angebot kenntlich zu machen, wenn Third-Party-Software- und/oder Open-Source-Software-Komponenten für die Nutzung des Leistungsgegenstands erforderlich sind.

19.4 Sofern im Rahmen der Auftragsdurchführung Leistungen erbracht werden, bei denen urheberrechtlich geschützte Werke oder Erfindungen entstehen, räumt der Auftragnehmer Fraunhofer an allen im Zusammenhang mit diesem Vertrag erzielten Arbeitsergebnissen ohne gesonderte Vergütung das ausschließliche räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte, unwiderrufliche und unkündbare Recht an sämtlichen bekannten und unbekannten Nutzungsarten ein. Soweit der Auftragnehmer für die Durchführung der ihm erteilten Aufträge Dritte unterbeauftragt, ist er verpflichtet, durch eine entsprechende vertragliche Regelung die Übertragung / Einräumung von Nutzungsrechten in diesem Sinne auf Fraunhofer sicherzustellen.

20. Forderungsabtretung und Aufrechnung

20.1 Die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers gegen Fraunhofer, auch innerhalb des Konzernverbunds des Auftragnehmers, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung von Fraunhofer.

20.2 Der Auftragnehmer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen. Der Auftragnehmer kann ein Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

21. Geheimhaltung

21.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle ihm während der Vertragsdurchführung bekanntwerdenden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, alle ihm bekannt gewordenen Herstellungsverfahren und sonstigen persönlichen, geschäftlichen und betrieblichen Sachverhalte während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vertraulich zu behandeln.

21.2 Der Auftragnehmer hat bei der Einbindung von Mitarbeitenden darauf zu achten, dass geheimhaltungsrelevante Informationen nur in dem Ausmaß weitergegeben werden, wie es für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags unerlässlich ist. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass seine Mitarbeitenden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zur Geheimhaltung entsprechend Ziffer 21.1 verpflichtet sind.

21.3 Sämtliche von Fraunhofer an den Auftragnehmer übergebene Unterlagen und evtl. davon gefertigte Kopien sind auf Anforderung durch Fraunhofer, jedoch spätestens bis zum Ablauf des Vertrags zurückzugeben. Fraunhofer ist berechtigt, an Stelle der Herausgabe ganz oder teilweise die sichere Löschung oder Vernichtung zu verlangen. Diese ist Fraunhofer auf Verlangen und nach ihrer Wahl durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt.

22. Datenschutz

22.1 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrags betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten.

22.2 Verarbeitet der Auftragnehmer für Fraunhofer personenbezogene Daten im Auftrag, schließen die Vertragsparteien einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung (AVV) nach Art. 28 DSGVO. Bei gemeinsamer Verantwortlichkeit schließen die Vertragsparteien eine zusätzliche Vereinbarung nach Art. 26 DSGVO.

23. Referenznennung und Marken-/Logonutzung

23.1 Die Referenznennung von Fraunhofer zu kommerziellen Zwecken des Auftragnehmers ist sowohl in digitaler wie analoger Form nur nach ausdrücklicher Zustimmung von Fraunhofer gestattet.

23.2 Gleiches gilt für die Nutzung des als Marke eingetragenen Logos von Fraunhofer durch den Auftragnehmer.

24. Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

24.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

24.2 Erfüllungsort für Lieferungen/Leistungen ist die vereinbarte Adresse. Erfüllungsort für Zahlungen ist München.

24.3 Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag oder diesen AEB ist München.

25. Sonstiges

25.1 Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt im Fall einer Regelungslücke. Die Vertragspartner werden in diesem Fall die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, welche dem wirtschaftlichen Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahekommt.

25.2 Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit mindestens der Textform. Gleiches gilt, wenn das Erfordernis der Textform abbedungen werden soll.

25.3 Diese Einkaufsbedingungen der Fraunhofer-Gesellschaft e. V. sind auf Deutsch und Englisch abgefasst. Beide Fassungen sind gleichermaßen verbindlich. Bei Abweichungen oder Unklarheiten zwischen den Sprachversionen hat jedoch die deutsche Fassung Vorrang und ist für die Auslegung dieser Bedingungen ausschließlich maßgeblich.

Kontakt

Herausgeber

Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.
Hansastraße 27 c, 80686 München
<https://www.fraunhofer.de>

***** ENGLISH *****

Anticorruption clause for agreements on deliveries and services

Anticorruption clause and restraints of competition

FhG and the Contractor declare their absolute intention to counteract any form of corruption or restraints of competition. The following is therefore agreed upon:

- (1) Notwithstanding other grounds for termination and cancellation, FhG is authorized to terminate the agreement without notice in accordance with Section 314 BGB [German Civil Code] in the presence of exclusion criteria in the sense of Article 6 No. 5 c - e VOL/A [Contract Awards for Public Supplies and Services - Part A]. In particular, exclusion criteria are:
 - (a) The unreliability of companies due to verifiable grave misconduct (e.g., Taking and giving bribes in commercial practice, Section 299 StGB [German Criminal Code]; Giving bribes, Section 333 StGB; Giving bribes as an incentive to the recipient's violating his official duties, Section 334 StGB) or other significant statutory violations that are suitable for fundamentally casting doubt on the reliability of the Contractor;
 - (b) Failure to meet the due obligation to pay taxes and fees as well as contributions to legal social insurance;
 - (c) Wilfully and knowingly making incorrect statements with regard to reliability, technical qualification or capability.
- (2) Also an exclusion criterion in accordance with Par. 1 is:
 - (a) Making offers based on agreements that restrict competition in the sense of Section 298 StGB;
 - (b) Participation in improper restraints of competition in the sense of the GWB [German Act Against Restraints of Competition], particularly the agreement with third parties regarding the making or non-making of offers, regarding the prices to be demanded, regarding the payment of defrayment of costs incurred (profit sharing or other fees) as well as the setting of recommended prices;
 - (c) Disclosure of trade and industrial secrets (Section 17 UWG [German Act Against Unfair Competition]) or the use of models (Section 18 UWG);
 - (d) The direct or indirect announcement, offer, promise or granting of gifts, other contributions or other advantages to FhG or its employees or to third parties commissioned by the same who are entrusted with the preparation, completion or performance of the

contract, or to persons related to these. Not included here is socially appropriate behaviour, such as the acceptance of insignificant gifts with a value of up to € 25.00, (e.g., promotional articles of a simple kind such as pens or calendars) or participation in hospitality events that do not exceed what is customary and appropriate or that have their grounds in the rules of commerce and courtesy and that cannot be refused without violating social forms.

- (3) Should FhG terminate the agreement for cause in accordance with the provisions of Par. 1, FhG shall proportionately, in the framework of the contractual price, compensate the Contractor for the value of deliveries already received or of services of which it has already availed itself. Any more extensive claim to remuneration or damage compensation on the part of the Contractor is excluded.
- (4) If the Contractor culpably acts contrary to the provisions of Par. 1 and 2, the Contractor shall pay FhG a contractual penalty, no matter whether or not FhG makes use of its right to terminate. The amount shall be 50 times the value of the offered, promised or granted advantages in the cases of Par. 1 (a) and 2 (d) or 50 times the saved expenses or caused damages in the remaining cases of Par. 1 and 2, however not more than 5% of the total order price without value added tax. The claim for damages in accordance with Par. 5 is not affected by the contractual penalty.
- (5) The Contractor shall compensate FhG for all damages that result directly or indirectly from the termination of the agreement. As far as the Contractor has forfeited a contractual penalty in accordance with Par. 4, this penalty is to be chargeable additionally to the damage compensation.

Standard Purchasing Terms (SPT) of Fraunhofer-Gesellschaft e. V.

Version dated: April 2026

1.

Scope of Application

- 1.1 These Purchasing Terms are applicable to purchasing contracts, contracts for work and services, and to hybrid forms thereof as well as to *sui generis* contracts subject to the laws applicable to purchase agreements or contracts for work and services, entered by and between Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., Munich, Germany (hereinafter referred to as "Fraunhofer") and the Contractor.
- 1.2 They apply in relation to entrepreneurs as defined by Section 14 German Civil Code (BGB), legal entities under public law, and to separate special funds under public law (Section 310 (1) BGB).

2. Contractual Basis

- 2.1 The contract shall be made in text form. This shall also apply to amendments to the contract and to a waiver of this text form requirement.
- 2.2 Conclusion of a contract shall be governed by the following provisions. Regarding the fulfillment of Fraunhofer's order for deliveries and services, the following order of priority shall apply:
 - the letter of award or the order document containing the contractual terms and conditions,
 - the tender documents in accordance with Section 29 of the German Procurement Ordinance (VgV), Section 21 of the German Ordinance on Sub-threshold Procurement (UVgO), or the applicable rules of procedure, including responses to questions from applicants and bidders,
 - these present Standard Purchasing Terms (SPT),
 - the Sustainability Standards for Suppliers (NHS) of Fraunhofer-Gesellschaft e. V., in the version applicable on the date when the order is placed,
 - the General Terms and Conditions of Contract for the Execution of Works (VOL/B) in the version applicable on the date when the order is placed,
 - the Contractor's awarded offer
 - the relevant statutory and regulatory provisions and requirements, including standard specification and accident prevention regulations such as CE, VDE or the Electrical and Electronic Equipment Act (ElektroG) etc., each in the version applicable on the date of delivery.

- 2.3 No deviating contractual terms and conditions of the Contractor—in particular their General Terms and Conditions—shall become an integral part of the contract. The aforesaid shall also apply, if Contractor's contractual terms and conditions do not contradict the contractual terms and conditions of Fraunhofer. Exceptions to the above shall only apply, if Fraunhofer gives their express consent in text form. The tacit acceptance of services provided by the Contractor as well as payments made by Fraunhofer do not constitute any consent with any deviating terms and conditions of the Contractor.
- 2.4 If the contract constitutes subcontracting to third parties within the framework of public project funding or a public contract, the contract's effectiveness shall be subject to the proviso that the corresponding grant notice award is issued or the main contract is awarded and will remain in force and effect. The provisions set forth in the grant notice or in the main contract shall apply in addition.

3. Terms of Delivery

- 3.1 Unless otherwise agreed, delivery shall be made in accordance with rule DPU of the Incoterms 2020, to the designated destination or to the designated place at the destination, including unloading.
- 3.2 If the Contractor's headquarters are located in Germany or within the European Union, the Contractor is obliged to deliver goods that have already been cleared through customs.
- 3.3 Unless otherwise agreed, Contractor agrees to take out transport insurance.

4. Prices and Terms of Payment

- 4.1 The agreed prices are net prices. Value added tax, if any, must be shown separately.
- 4.2 The agreed price includes all ancillary costs, in particular transport insurance, packaging, freight, shipment, and, in cases subject to Clause 3.2 hereunder, customs charges.
- 4.3 The period allowed for payment shall commence running upon receipt of the invoice at the earliest, however not before receipt of the goods; if inspection and acceptance is provided for, such period shall commence upon the acceptance of the delivery/service.
- 4.4 Fraunhofer shall only be in default upon receipt of a reminder; Section 286 (3) German Civil Code (BGB) shall not apply.

5. Subcontracting Orders to Third Parties

Subcontracting orders to third parties and outsourcing parts of the delivery to subcontractors is not permitted without the consent of Fraunhofer. Consent given in text form shall be deemed sufficient. Any violation, breach or infringement of the aforesaid will entitle Fraunhofer to withdraw from the contract, either in full or in part.

6. Date of Delivery

The delivery dates specified by Fraunhofer shall be binding (relative fixed-date transaction). If missing the deadline is expected to occur, Contractor shall notify Fraunhofer without undue delay in text form of this circumstance, stating the reasons for and specifying the duration of the delay. Notifying Fraunhofer of a delay in delivery shall have no effect on the consequences that may arise from or out of this delay.

7. Assurance of Deadlines

- 7.1 In the event of default Fraunhofer shall be entitled to claim compensation for each day of default in the amount of 0.1 % of the value of that part of the service or delivery which cannot be used, but in total no more than a maximum of 5% of the net invoice value.
- 7.2 Notwithstanding Section 341 (3) BGB, Fraunhofer may claim payment of the contractual penalty at any time until the invoice has been paid in full.
- 7.3 Fraunhofer reserves the right to assert further damage compensation claims. In this case, claims asserted under Clause 7.1 shall be taken into account.

8. Subsequent provision of security in the event of impending forfeiture of funds

- 8.1 If delays occur in the performance of the contract that also affect invoicing and payment, Fraunhofer is entitled to subsequently require the Contractor to provide a guarantee if and to the extent that there is a concrete risk of forfeiting the funding underlying the contract and this risk can be averted by settling the invoice prior to full performance.
- 8.2 There is a particular risk of funding being forfeited if Fraunhofer has earmarked public funds to finance the order and payment of those funds is no longer possible after certain deadlines have passed. Upon request, Fraunhofer must provide the Contractor with evidence of the specific risk of funding forfeiture by submitting the relevant documents.
- 8.3 The amount of the guarantee subsequently requested corresponds to the gross amount that Fraunhofer must advance in order to prevent the funds from lapsing. This amount corresponds to the total outstanding remuneration, regardless of when it is due. The guarantee must be issued by a credit institution or credit insurer authorized in the European Union.
- 8.4 If the Contractor is responsible for the delay, they shall bear the costs of the guarantee. In this case, the Contractor is obligated to submit, within a reasonable period set by Fraunhofer of at least 14 days, an open-ended guarantee for the required amount, waiving the defenses under Sections 770 and 771 BGB, and to invoice the guaranteed amount.
- 8.5 If the Contractor is not responsible for the delay, the allocation of costs and the terms of the guarantee shall be agreed upon individually between Fraunhofer and the Contractor.
- 8.6 The guarantee shall be returned as soon as the Contractor has fully fulfilled its obligations in accordance with the contract or the purpose of the security has otherwise been satisfied.

9. Shipping, Customs and Export Control

- 9.1 Delivery shall be made in accordance with the provisions specified in Clause 3 and must be accompanied by a delivery note. In regard to deliveries from foreign customs jurisdictions, Contractor must contact well in advance the indicated place of use to arrange for customs clearance and import formalities. Contractor must inform Fraunhofer in writing and in a timely manner of the following: HS code, country of origin, and, if requested by Fraunhofer, supplier's declarations of preferential origin (for European contractors) or movement certificates (for contractors from non-European countries).
- 9.2 Where applicable, Contractor shall inform Fraunhofer, likewise well in advance and in writing, of the following: the registration of the goods to be delivered that are listed as an item of Annex I of the EC Dual-Use Regulation or of the German export list, the registration in the U.S. Commerce Control List (concrete ECCN or as "EAR99") or the USML (USML Classification No.). This information must be indicated in all relevant documents (in particular in the quote, delivery note and invoice). Any expenses and losses that Fraunhofer may incur due to the absence or incorrectness of this information shall be borne by Contractor.

10. Acceptance

If acceptance of a delivery is provided for, the Contractor is responsible for the proof of successful acceptance. In general, acceptance is documented by way of an acceptance protocol which has to be jointly signed by both parties.

11. Invoicing

- 11.1 All invoices must be sent to the billing address specified in the letter of award or in the contract, always quoting the Fraunhofer order number. As long as an invoice lacks the Fraunhofer order number, the Contractor's payment claims shall not be due for payment.
- 11.2 For every order a separate invoice must be issued. Invoices must be itemized in accordance with the Fraunhofer order document. Partial and final invoices must be designated as such.
- 11.3 Fraunhofer's sales tax identification number (UIN) is DE 129 515 865. Any invoice issued to Fraunhofer must show the UIN.

12. Passing of Risk

Risk passes to Fraunhofer upon receipt of the goods or—where acceptance has been provided for—at the time when acceptance of delivery or service has been declared.

13. Liability for Defects

- 13.1 The specifications and functions stipulated in the awarded order shall be deemed contractually agreed. In the event of defects, Fraunhofer shall be entitled to exercise their statutory rights following the conditions of Section 14 VOL/B.
- 13.2 The costs incurred for remedying defects shall be borne by the Contractor and shall include in any case all expenses incurred for carrying out the remediation of defects as well as the costs for packaging, shipment and insurance.
- 13.3 Liability for defects also applies to replacement deliveries and services, including subsequent improvement work. The limitation period for claims for defects shall be suspended from the date of when the written notice of defects was served until the time when the Contractor has successfully remedied the defect or rejected the claims for (further) improvement work.

13.4 As regards remedy of defects by subsequent delivery, the limitation period will recommence; in the event of rectification, the limitation period shall only start running again, if the defect is of the same type or if it is the result of inadequate rectification.

14. Compliance

14.1 Contractor shall comply with all legal obligations applicable to them when fulfilling the order, including in particular payment of taxes, levies and social security contributions, adherence to occupational health and safety regulations and granting employees at least those minimum working standards, including payment of minimum wages, which are binding for the relevant service in particular by law, statutory order, or a generally binding collective agreement. This obligation also includes the applicable legal provisions relating to anti-corruption, money laundering, and antitrust law, as well as the provisions on sanctions lists and export control.

14.2 Contractor agrees to ensure, by way of careful selection of their subcontractors and suppliers and reasonable monitoring of such, that they likewise will not commit any legal violations, breaches or infringements in relation to the contractual relationship with Fraunhofer.

14.3 The contracting parties shall mutually support each other with regard to measures intended to prevent compliance violations relating to the fulfillment of the contract. In particular, the contracting parties shall immediately inform each other, if they become aware of a material violation or breach of criminal and administrative-fine provisions of the applicable legal obligations under Clause 14.1 above and/or gain knowledge of an official investigation or legal proceedings initiated by or against the contracting party themselves, their employees, managers, or affiliated companies, representatives, and other companies associated with the contract, and if these circumstances are specifically related to this contract. The above obligation to provide information does not apply, if there are legal reasons for not doing so or if the provision of such information is banned by the investigating authorities.

14.4 The aforesaid obligations of the contractor shall apply with retroactive effect from the time of first contact between the contracting parties.

15. Sustainability Standards

15.1 Contractor agrees to comply with Fraunhofer's "Sustainability Standards for Suppliers (NHS)" which have become an integral part of the contract. Contractor shall indemnify and hold harmless Fraunhofer from and against any claims made by third parties arising from or out of a violation, breach or infringement of Fraunhofer's Sustainability Standards for Suppliers, unless they are able to prove that they are not responsible for the violation, breach or infringement.

15.2 In the event of Contractor's violation, breach or infringement of Fraunhofer's Sustainability Standards, Fraunhofer shall be entitled to suspend the performance of the contract, if Contractor fails to remedy the breach, violation or infringement within a reasonable period of time. Notwithstanding the above, Fraunhofer reserves the right to resort to the rights set forth in Clause 16.

16. Termination of the Contract for Cause

16.1 Fraunhofer may withdraw for cause from or cancel the contract with immediate effect, in particular, if

- Contractor is in serious breach of Clause 14 (Compliance), 15 (Compliance with Sustainability Standards for Suppliers – NHS) or Clause 21 (Confidentiality),

- before Contractor has completely fulfilled the contract, an offence under Section 123 (1 to 4) German Act against Unfair Competition (GWB) has occurred, and Contractor fails to provide any proof of self-cleaning pursuant to Section 125 GWB immediately after receipt of the notice of withdrawal,

- Contractor's integrity is questioned is to be considered as unreliable due to a proven act of serious misconduct, e.g. criminal offences against competition (Sections 298 et seq. German Criminal Code (StGB)), criminal offences in office (Sections 331 et seq. StGB), subsidy fraud (Section 264 StGB) or similar acts beyond proper business practices,

- Contractor provided misleading information in the tender process, intentionally or by negligence, in particular with regard to eligibility criteria or reasons for rejection which significantly influenced the contract-awarding decision,

- Contractor's bid is based on collusion to restrict competition within the meaning of Section 298 StGB.

- the Contractor fails to comply with the requirement to provide security in accordance with Clause 8.1 in conjunction with Clause 8.4 within the specified time limit.

The same shall apply, if insolvency proceedings or comparable proceedings have been applied for or opened against Contractor's assets which may result in a significantly increased risk for the performance of services in accordance with the contract.

16.2 If Fraunhofer terminates the contract pursuant to the provisions of Clause 16.1, Fraunhofer has the right to return any services or deliveries already rendered. Any (partial) acceptance that has already taken place shall not preclude this. Partial services or deliveries shall be remunerated at the contractually agreed prices, insofar as Fraunhofer has use for such. As regards returned services, Contractor shall reimburse Fraunhofer for any payments already made.

16.3 As regards circumstances covered by Clause 16.1, sentence 1 Contractor shall compensate Fraunhofer for all losses directly or indirectly incurred as a result of the termination of the contract. As regards statutory provisions, only Sections 347 to 351 and Section 354 BGB shall remain unaffected.

16.4 If there is cause as set forth in Clause 16.1, sentence 1, Contractor shall pay to Fraunhofer a contractual penalty in the amount of 5% of the net invoice value, regardless of whether the contract continues to exist. Claims for damages pursuant to the provisions set forth in Clause 16.3 shall remain unaffected.

17. Obligation to Take Back and Dispose of Items

Contractor shall be liable for compliance with the obligations to take back and dispose of items set forth in Section 19 (1) of the German Electrical and Electronic Equipment Act (Elektrogesetz) and Section 15 of the German Packaging Act (Verpackungsgesetz) and shall bear any costs incurred in this regard.

18. Availability of Spare Parts

Contractor agrees to maintain spare parts in stock for a period of 5 years, calculated from the date of receipt of goods or, if acceptance is provided for, from the date of acceptance of the delivery item, and, if necessary, sell them at usual market prices.

19. Intellectual Property Rights

19.1 Contractor warrants and represents that they are not aware of any third-party rights or other deficiencies in title that would contradict the use of the service owed.

19.2 Contractor shall be liable to those who claim an infringement of property rights against Fraunhofer. Contractor shall immediately indemnify and hold harmless Fraunhofer from and against all such claims and compensate Fraunhofer for all related detriments and losses. Any other claims or rights of Fraunhofer, e.g. withdrawal from the contract, reduction of price, or compensation for damages, shall remain unaffected.

19.3 Contractor is obliged to disclose in their tender offer the fact whether the use of third-party software and/or open-source software components is required for the use of the object of performance.

19.4 If, within the framework of order fulfillment, services are rendered which may result in copyright-protected pieces of work or inventions, Contractor shall grant Fraunhofer with regard to all work results generated in relation to the contract the exclusive, world-wide, perpetual, irrevocable, non-terminable, and royalty-free right to use and to exploit the content of any known types of use. Contractor agrees, when subcontracting to third parties with regard to the order awarded to them, to ensure the transfer/granting of rights of use to Fraunhofer within the aforesaid meaning by way of including a corresponding clause in the relevant subcontracting contract.

20. Assignment of Claims and Offsetting

20.1 Assignment of any claims the Contractor holds against Fraunhofer, including the assignment within Contractor's group of companies, requires the prior written consent of Fraunhofer.

20.2 Contractor shall have a right of set-off or retention only on finally adjudicated or undisputed counterclaims. Contractor may only exercise a right of retention, if their counterclaim is based on the same contractual relationship.

21. Confidentiality

21.1 Contractor shall treat as confidential all business and trade secrets that may become known to them in the course of fulfilling the contract, and treat as confidential all manufacturing processes and any other personal, business-related and operational facts and circumstances that have come to their knowledge during and after the termination of the contractual relationship.

21.2 When involving employees, Contractor must ensure that confidential information will be disclosed only to the extent that is deemed necessary for the proper execution of the order. Contractor shall make sure that their employees—within the scope of legal tools—are bound to secrecy in accordance with the provisions set forth in Clause 21.1 above.

21.3 All documents provided by Fraunhofer to the Contractor and any copies made thereof must be returned upon Fraunhofer's request, but no later than upon expiry of the contract. Fraunhofer is entitled to request the secure deletion or destruction of all or part of the documents instead of their return. Fraunhofer may request Contractor to provide evidence of such confidential waste disposal, and to confirm this, at their discretion, by means of a corresponding declaration or otherwise. Legal archiving requirements shall remain unaffected.

22. Data Privacy

22.1 Contractor shall make sure that all persons engaged by them with the processing or fulfillment of the contract will comply with the statutory provisions on data protection.

22.2 If Contractor processes personal data on behalf of Fraunhofer, the contracting parties shall conclude a Data Processing Agreement (DPA) under Art. 28 General Data Protection Regulation (GDPR). In the case of joint responsibility, the contracting parties shall conclude an additional agreement on joint controlling in accordance with Art. 26 GDPR.

23. Reference Naming & Use of Trademark/Logo

23.1 Using Fraunhofer's name as a reference for commercial purposes of the Contractor, either in digital or analog form, is only permitted with the prior express consent of Fraunhofer.

23.2 The same applies to Contractor's use of Fraunhofer's logo, which is a registered trademark.

24. Applicable Law, Place of Performance and Legal Venue

24.1 The laws of the Federal Republic of Germany shall apply, with the provisions of UN Convention on the International Sale of Goods (CISG) being expressly excluded.

24.2 The place of performance for deliveries/services is the address agreed by the parties. The place of performance for payments is Munich, Germany.

24.3 Any disputes arising in relation to the contract or these Standard Purchasing Terms shall be settled before the courts in Munich, Germany.

25. Miscellaneous

25.1 Should one or several provisions of these terms be or become invalid or ineffective as a whole or in part, this will not affect the validity or effectiveness of the remaining provisions. The same shall apply mutatis mutandis to any gaps. In this case, the Parties will replace the invalid provision with a valid provision that comes as close as possible to the economic purpose of the invalid provision.

25.2 Ancillary agreements, changes and amendments shall be made at least in text form to be valid and effective. The same shall apply mutatis mutandis in respect to waiving this text form requirement.

25.3 These Purchasing Terms of the Fraunhofer-Gesellschaft e. V. are available in German and English. Both versions are equally binding. However, in the event of any discrepancies or ambiguities between the language versions, the German version shall prevail and shall be exclusively authoritative for the interpretation of these terms.

Contact

Published by

Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.
Hansastraße 27 c, 80686 München
<https://www.fraunhofer.de>

© Fraunhofer-Gesellschaft e. V.,
Munich, Germany 2026